

Hinweise zur Datenverarbeitung

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher: Portner Rusch Rechtsanwälte Partnerschaft mbB
Schönstedtstraße 7
12043 Berlin

Mail: kanzlei@portner-rusch.legal

T: +49 30 680 590 91

F: +49 30 680 591 22

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wir erheben für nachgenannte Zwecke die folgenden personenbezogenen Daten:

Anbahnung eines Mandats	Durchführung des Mandats
<ul style="list-style-type: none">• Anrede, Vorname, Nachname,• E-Mail-Adresse,• Anschrift,• Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)	<ul style="list-style-type: none">• Anrede, Vorname, Nachname,• E-Mail-Adresse,• Anschrift,• Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)• Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats und zur ordnungsgemäßen Durchführung des Mandats notwendig sind. Hierzu gehören insbesondere Inhalte uns im Rahmen des Mandats zur Verfügung gestellter Unterlagen sowie Daten, die aus der Korrespondenz im Rahmen des Mandats (mit dem Mandanten oder Dritten [z.B. Verfahrensgegnern]) stammen (jeweils soweit sie sich auf identifizierte oder identifizierbare natürliche Personen beziehen).

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

<p>bei der Anbahnung eines Mandats</p>	<p>im Falle des Abschlusses eines Mandats</p>
<ul style="list-style-type: none"> • um Sie als potenziellen Mandanten identifizieren zu können, • zur Korrespondenz/Kommunikation mit Ihnen, • zur Anbahnung eines Mandatsverhältnisses, insbesondere zur vorvertraglichen Korrespondenz zur Erstellung von Angeboten und Kostenschätzungen 	<ul style="list-style-type: none"> • um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können, • zur Korrespondenz/Kommunikation mit Ihnen, • um Sie anwaltlich beraten und vertreten zu können, • zur Rechnungsstellung, • zur Abwicklung von eventuell vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie.

Die Datenverarbeitung

<p>erfolgt bei der Anbahnung eines Mandats</p>	<p>ist im Falle des Abschlusses eines Mandats</p>
<p>- auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die Anbahnung eines Mandats für die Anbahnung eines Mandats erforderlich</p> <p>oder</p> <p>- nach Abstimmung mit Ihnen sowie Ihrer Einwilligung und ist dann nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. a DSGVO zu den genannten Zwecken für die Anbahnung eines Mandats erforderlich und rechtmäßig.</p>	<p>nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus der Mandatsvereinbarung erforderlich.</p>

Die Dauer der Speicherung der personenbezogenen ist abhängig von den für die jeweiligen Zwecke geltenden, einschlägigen Aufbewahrungsfristen nach dem anwaltlichen Berufsrecht, dem HGB, der AO, dem BGB und der DSGVO. Es gelten etwa folgende Aufbewahrungsfristen: sechs Jahre für Handakten (§ 50 BRAO), sechs Jahre für empfangene und versendete Handels- und Geschäftsbriefe (§ 147 Abs. 3 AO, § 257 Abs. 4 HGB), zehn Jahre für Buchungsbelege, Bücher und Aufzeichnungen (§ 147 Abs. 3 AO, § 257 Abs. 4 HGB).

Bei der Notwendigkeit der Erhaltung von Beweismitteln etwa im Rahmen gerichtlicher Verfahren wird auf folgende Speicherungsfristen hingewiesen: die Verjährungsfristen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) können bei Vorhandensein eines gerichtlichen Titels bis zu 30 Jahre betragen (§ 197 Nr. 3 BGB). Sofern kein gerichtlicher Titel gegen die betroffene Person erwirkt wurde, gilt die regelmäßige Verjährungsfrist von drei Jahren (§ 195 BGB).

Bei der Anbahnung eines Mandats gilt: Die verarbeiteten personenbezogenen Daten werden unverzüglich gelöscht, wenn Sie kein Interesse mehr an einer Vertragsanbahnung haben und uns entsprechend wenigstens in Textform informieren und wenn der Zweck, für welchen die personenbezogenen Daten erhoben und verarbeitet wurden, erfüllt ist, sofern nicht anderweitige gesetzliche Aufbewahrungsfristen entgegenstehen oder die Aufbewahrung der Daten der Rechtsverfolgung dienen.

Bei einer Mandatierung gilt: Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Rechtsanwälte (sechs Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir im Sinne von Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben, dann werden die Daten nach Ablauf der entsprechenden Frist gelöscht.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit es nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung des Mandatsverhältnisses mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte findet im Falle der Anbahnung eines Mandats nur nach Ihrer Einwilligung statt.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft Ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und gegebenenfalls aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;

- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Sie Ihr Widerspruchsrecht ausüben, genügt eine E-Mail mit entsprechendem Inhalt an kanzlei@portner-rusch.legal.

..*